



## Pressemitteilung

04. Oktober 2014

### **„Seltsame Fragebogenaktion als Grundlage für die Schulentwicklung im Landkreis Peine“**

Nach der Auftragsvergabe und dem Erhalt eines kostenträchtigen Gutachtens als Ausgangslage und Impuls für die weiteren Überlegungen zur Schulentwicklung im Landkreis Peine erwarteten die interessierte Öffentlichkeit, die engagierte Elternschaft und die schulfachlich Betroffenen nun die erforderlichen gezielten Auswertungs- und Umsetzungsvorschläge, um diese nach ausführlichen Sachgesprächen praxisnah und vor Ort nutzen zu können.

Sie rechneten mit der Bildung einer nichtöffentlichen, arbeitsfähigen Planungsgruppe, die das Gutachten auswerten, ergänzende Informationen sammeln und konkrete praxisnahe und wirkungsvolle Vorschläge für die Schulwirklichkeit unterbreiten sollte.

Doch ein solcher Antrag, eine nichtöffentliche, überschaubare Lenkungsgruppe einzurichten durch die CDU wurde von Rot-Grün abgelehnt. Der aufgrund seiner Größe viel zu schwerfällige Schulausschuss mit seiner grundsätzlich öffentlichen Tagungsweise soll diese – von der Sache her oft mit sehr sensiblen, offenen und ungeschützten Überlegungen durchgesetzte Aufgabe – übernehmen.

Kopfschütteln bei all denen, die im Sinne der zukünftigen Schulentwicklung für unseren Landkreis Peine flächendeckende Schulqualität entwickeln wollen.

„Getoppt“ wurde dieses Verfahren durch die Art und Weise der Elternbefragung in allen 1. bis 4. Klassen der Grundschulen im Landkreis vom 25. 09. bis zum 01. 10. 2014.

Ein vierseitiger Fragebogen des bereits eingesetzten Gutachterbüros („Projektgruppe Bildung und Region“) – ohne inhaltliche Abstimmung mit den verantwortlichen schulfachlichen, verwaltungszuständigen oder kommunalpolitisch verantwortlichen Personen – sollte innerhalb von 5 Tagen ausgefüllt zurückgegeben werden.

Abgesehen von der viel zu kurzen Bearbeitungsfrist durch möglichst alle Eltern bleiben bei intensiverer Kenntnisnahme des Fragebogens viele Kritikpunkte zur sachlichen Qualität und zu den Zielsetzungen dieser Aktion.

Sicher, die Einbeziehung der Eltern bei der Schulentwicklungsplanung ist unbedingt erforderlich und wurde von allen politischen Kräften des Kreistages beschlossen, aber bitte mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit, der umfassenden, sachlichen Kompetenz und dem Angebot der gezielten und wirkungsvollen Beteiligung und Achtung der Eltern.